



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermündigen

⇒ noch nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2024/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 24. Oktober 2024, 18:00 - 21:00 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermündigen	
Vorsitz	Selmani Emsale (SP)	1
Mitglieder	Buri Peter (SP) Dähler Stefanie (SP) Dressler Yasmin (SP) Falk Marcel (SP) Kistler Kerstin (SP) Nova Colette (SP) Renner Jörg (SP) Rivera da Silva Claudio (SP) Schneider Maja (SP) _____ 9 Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (parteilos/SVP) bis 19:40 Uhr Hausammann Hans-Rudolf (SVP) Herren Marisa (SVP) Steiner Ulrich (SVP) Truog Markus (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 7 Bähler Pia (glp) Medilanski Edi (glp) Tamàs Oliver (glp) _____ 3 Lanz Lukas (FDP) Leiser Christoph (FDP) Rüfli Roland (FDP) _____ 3 Baumgartner Gerhard (EVP) Zürcher Myriam (EVP) _____ 2 Löhner Sandra (Die Mitte) Mitter Michael (Die Mitte) _____ bis 20:05 Uhr 2 Ernst Kathrin (Grüne) Tanner Adrian (Grüne) _____ 2 Ananiadis Jorgo (Piraten) _____ 1 Total anwesend <u>30</u>	
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)	
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara	

Protokollführer Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.

Entschuldigt Mitglieder GGR: Balmer Kathrin (SP), Brunner Franziska (SVP), Feller Daniela (FDP), Gimmel Benjamin (EVP), Jordi Yves (Die Mitte), Minka II Sandro (glp), Thomann Thulani (parteilos/SP), Wahli Alexander (glp), Zaugg Gerhard (SVP) und Züllig von Allmen Dorothea (glp)

Mitglieder GR: Wipfli Hans (SVP)

TRAKTANDEN

304. Budget 2025 inkl. Investitionsplanung; Genehmigung	139
305. Finanz- und Investitionsplan 2025 bis 2030; Genehmigung	150
306. Tagesschulen Mahlzeitenlieferung; Vertragsverlängerung; Genehmigung Verpflichtungskredit	154
307. Erweiterung und Fertigstellung der Retentions- und Versickerungsanlage (RVA) Oberfeld, Genehmigung Investitionskredit.....	159
308. Überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	161
309. Überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten durch Beratung; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	163
310. Überparteiliche Motion betreffend Inklusions-Check für Gemeinden - Wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde Ostermundigen?; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	164

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Oktober 2024

311. Überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44; Erheblicherklärung/ Ablehnung.....	169
312. Reglement über das Bestattungswesen; Genehmigung Totalrevision.....	170
313. Überparteiliches Postulat betreffend Stellvertreter:innenregelung für den GGR; parlamentarischer Neueingang.....	172
a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	174

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich begrüsse alle zur 4. Sitzung des Jahres 2024. Heute haben wir als Gastrednerin Frau Linda Amez-Droz von der Bäckerei "Boulangerie". Linda und Gaetan Amez-Droz sind Eltern von drei Kindern. Linda wuchs in Utzenstorf BE auf und zog nach der Lehre ins Saanenland. Dort hat sie zehn Jahre gelebt, gearbeitet und Weiterbildungen gemacht. In der Backstube lernte sie auch Gaetan kennen.

Im Jahr 2021 haben sie den Entschluss gefasst, sich selbstständig zu machen, und machten sich auf der Suche nach einem geeigneten Betrieb. In Ostermundigen wurden sie sehr schnell fündig.

Aber wieso Ostermundigen? Sie hatten von Anfang an eine Vision für ihren Betrieb, nämlich verschiedene und offene Kunden. Ostermundigen sei der perfekte Ort dafür - nicht nur für das Geschäft, sondern auch für die Familie. Sie finden: In Ostermundigen hat man alles, was man in der Nähe braucht - man ist schnell in der Stadt oder in den ländlichen Gebieten.

Liebe Linda, schön bist du heute da. Du kannst das Gewerbe von Ostermundigen repräsentieren, dass auch mit dem «Tram-Bau» vor einer grossen Herausforderung steht.

Linda Amez-Droz (Bäckerei Boulangerie): Es freut mich sehr, dass ich heute hier sein darf. Ich bin zwar nicht so die perfekte Rednerin, aber ich habe es zu vorbereiten versucht.

Wir sind sehr froh, dass wir in Ostermundigen als Nachfolger des grossen Muralts so gut aufgenommen wurden. Wir sind allen sehr dankbar dafür. Wir sind auch sehr froh, dass von der Gemeinde immer wieder viele Bestellungen und grosse Unterstützung vorhanden ist. Ich habe bereits viele Gesichter von hier in diesem Saal des Öfteren immer wieder fleissig in unserem Geschäft gesehen.

Und ja, das Thema "Trambau" ist schon so eine Sache, die uns immer ein wenig Gedanken macht oder auch, wo wir immer denken, was dann kommt: Und wann es genau kommt? Im Moment haben wir es vielleicht noch etwas mehr im Hinterkopf, weil wir immer mehr dafür zu tun haben und nicht noch ein paar Jahre oder ein paar Monate immer in die Zukunft schauen können. Deshalb ist es noch unsicher: Ja, wann kommt es? Wann kommen die Schwierigkeiten? Wie lange dauern sie da?

Was uns auch ein wenig Bedenken machte, war als die Einfahrt von Deisswil her gesperrt war. Dies haben wir das schon ziemlich gespürt. Die Kunden, welche von dieser Seite herkommen, haben wir über diese Zeit kaum noch gesehen.

Bis jetzt hören wir von Ihrer Seite immer, dass uns geholfen wird und nach Lösungen gesucht werde. Wir sind aber auch sehr darauf angewiesen, dass wir die Unterstützung dann auch wirklich erhalten, wenn es so weit ist. Wir wissen von Berufskollegen in anderen Regionen, was das heissen kann. Andere Bäckereien mit Baustellen vor dem Geschäft an Durchgangsstrassen hatten 40 - 70 % Umsatzeinbussen und ich muss keinem sagen, was das für einen kleinen Betrieb wie wir es sind heisst.

Aber sonst möchte ich noch da anmerken, uns geht es gut. Wir müssen in nächster Zeit nicht schliessen.

Nachher habe ich auch noch mit anderen Gewerbebetriebe zum Thema "Mundigenfescht" diskutiert. Wir würden uns wünschen, dass man für Geschäfte und Vereine vom Dorf und

auch für externe Kleinbetriebe noch etwas anpassen könnte. Wir kennen noch ein paar Personen, die gerne kommen würden. Aber wenn sie dann rechnen, muss man je nach dem einfach zu viel verkaufen. Das «Märit-Feeling» käme noch mehr auf.

① Vielleicht könnte man auch noch einen Monatsmarkt einführen?

Einmal pro Monat auf dem Tell-Parkplatz oder dem Bernstrasse Schulhausplatz? Diese Idee werfe ich jetzt einfach so in den Raum.

① Kennen Sie schon den neue Kulturverein Mundige?

Wir sind ja da auch sehr Aktiv und helfen mit, dass noch mehr Leben hier in Ostermundigen aufkommt. Wir freuen uns auf Besuche beim Kaffeeklatsch, Jazz Jam oder auch beim Brunch am 10. November 2024, welcher hoffentlich nicht der Letzte sein wird.

Nochmals vielen Dank für eure Einladung und eure Aufmerksamkeit. Ich verabschiede mich und freue Sie bald wieder in unserem Laden zusehen oder an einem anderen Event.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Vielen Dank, Linda, ich bin zuversichtlich, dass wir hier die drei bis vier Punkte, die du aufgezählt hast, auch ernst nehmen und versuchen, es so gut wie möglich umzusetzen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich verlese die Entschuldigungen:

Balmer Kathrin (SP), Brunner Franziska (SVP), Feller Daniela (FDP), Gimmel Benjamin (EVP), Jordi Yves (Mitte), Minka Il Sandro (GLP), Thomann Thulani (parteilos), Wahli Alexander (GLP), Zaugg Gerhard (SVP) und Züllig von Allmen Dorothea (GLP)

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **30 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist beschlussfähig.

1. Auf den Tisch liegen auf:

- zum Traktandum Nr. 205, der Volksrechnung mit Abweichungen
- zum Traktandum Nr. 306, Tageseschulmalzeiten und
- die Befragung der Universität Zürich, Anfeindungen gegen Parlamentsmitglieder in der Schweiz, 2024,

2. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR, nimmt zu den Traktanden Nr. 304 und 305 der Finanzverwalter, Herr Thomas Lauener, an der heutigen Sitzung teil.

3. Die nächste GGR-Sitzung findet am **5. Dezember 2024** statt. Anschliessend findet das Jahresschlussessen statt.

4. Nach der heutigen Sitzung ist im Bistro der Kletterhalle "O'Bloc" reserviert

Traktandenliste

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Das Traktandum «Orientierung des Gemeinderats» entfällt.

Liegen Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag auf "Änderung der Reihenfolge"** der Geschäfte Nr. 304 "Finanz- und Investitionsplan" und Nr. 305 "Budget".

Zuerst soll das Geschäft Nr. 305 und dann das Geschäft Nr. 304 behandelt werden.

Begründung

Der Finanz- und Investitionsplan stützt sich für die Folgejahre auf Zahlen von Budget 2025. Zum Budget liegt ein Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat vor, und es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, den Finanz- und Investitionsplan vor der Detailberatung oder plus über den Rückweisungsantrag des Budgets zu führen. Deshalb bitten wir Sie, dem Wechsel der Traktanden zuzustimmen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Dies ist nicht der Fall und wir kommen zur

A b s t i m m u n g

Der Antrag auf "Änderung der Reihenfolge" der SVP-Fraktion wird mit 25 zu 0 Stimmen angenommen.

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste Nr. 4 wird genehmigt.

Axioma #9633

20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

304. Budget 2025 inkl. Investitionsplanung; Genehmigung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst behandeln wird die GGR-Botschaft und anschliessend wird das Budget departementsweise beraten. Seid Ihr mit dem Vorgehen einverstanden?

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Das vorliegende Budget wurde, wie in den Vorjahren nach einem vorgegeben Budgetprozess erstellt, welcher jährlich neu bestimmt wird.

Es werden alle bewilligten und erwarteten Ausgaben und Einnahmen erfasst. Dabei wird von der entsprechenden Abteilung ein Budgetbetrag eingetragen.

In mehreren iterativen Prozessen zwischen den Abteilungen und den Finanzen werden die Beträge immer wieder hinterfragt und den realistischen Erwartungen angepasst. Es geht primär darum, Budgetierungsreserven zu minimieren und eine Prognose mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu erreichen. Bei diesem Prozess wurden signifikante Reserven reduziert. Das vorliegende Budget wurde nach unserer Einschätzung handwerklich korrekt und zielgerichtet erstellt.

Es ist zu beachten, dass wir keine politisch motivierten Kürzungen vorgenommen haben. Wir haben also keine bewilligten oder erwarteten Ausgaben gestrichen, noch haben wir effektive Budgetkürzungen vorgenommen, also z. B. erwartete Ausgaben halbiert.

Gerhard Baumgartner (EVP): Das vorliegende Budget weist im allgemeinen Haushalt wieder einmal mehr ein Defizit aus.

Es ist sichtbar, dass die Budgetierungen der Abteilungen vorsichtig erfolgt sind. Aber leider gelingt es uns immer noch nicht, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Jammern nützt nichts, aber es fordert uns heraus: Einfach inskünftig bei den Ausgaben mehr auf das Pedal zu stehen und äusserst achtsam umzugehen.

Die öffentliche Hand - und das sind auch wir - das Parlament: Wir haben uns anscheinend an die negativen Budgets schon gewöhnt. Trotz Anstrengungen verschuldet sich unsere Gemeinde immer mehr. Die vorgesehenen Nettoinvestitionen sind viermal höher als im Rechnungsjahr 2023. Die EVP-Fraktion erachtet dies als unglücklich. Eine solche gebaute Investitionssumme im gleichen Jahr zu budgetieren, ist die Karre einfach überladen und es belastet unseren Gemeindehaushalt übermässig.

Was bei uns zu Stirnrunzeln führt, ist dass die Forderung der Finanzkommission, uns ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, einfach weg ist. Die Forderung der Finanzkommission wird vom Gemeinderat ignoriert und damit zur Makulatur. Die EVP-Fraktion hat für dieses Vorgehen kein Verständnis. Wir können deshalb dem Budget 2025 nicht einstimmig zustimmen.

Sandra Löhner (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und die Steueranlage sowie das Budget 2025 genehmigen.

Die Mitte-Fraktion sieht es gerne, dass der Verlust im allgemeinen Haushalt gegenüber den Vorjahren gesenkt werden konnte - auch wenn hierfür sicherlich einige «Reserven» verwendet wurden. Dennoch handelt es sich um einen Aufwandüberschuss, der mittel- bis langfristig ausgeglichen werden muss. Wir werden deshalb auch in Zukunft die Geschäfte genau prüfen, hinsichtlich ihrer «Dringlichkeit» in der Umsetzung bzw. ob sie im nächsten regulären Budgetprozess berücksichtigt werden können. Dadurch wird die laufende Rechnung nicht noch zusätzlich belastet und die Finanzierung kann im regulären Budgetprozess berücksichtigt werden.

Zudem begrüssen wir es, wenn das Budget von der Finanzkommission genau geprüft wird und auch Anträge gestellt werden. Grundsätzlich sind auch wir für ein ausgeglichenes Budget. Im Anbetracht der bereits erfolgten Budgetierungsmassnahmen werden wir dem neuen Gemeinderat aber noch ein Jahr Zeit geben, um ein ausgeglichenes Budget - oder einen Plan, wie dieses erreicht werden soll, vorzulegen.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Departement und der Abteilung Finanzen für die grosse Arbeit der Erstellung des nächstjährigen Budgets und Finanzplans. Wir begrüssen auch die Überlegungen des Gemeinderats im Zusammenhang mit dem Projekt «Fit für die Zukunft». Dass das konkrete Ergebnisse noch Zeit benötigen, ist nachvollziehbar. Gerade darum scheint es uns aber wichtig und richtig, bereits im Budgetjahr 2025 ein sichtbares finanzpolitisches Zeichen zu setzen.

Ihr habt mutig begonnen, indem Ihr ein möglichst realistisches Budget angepeilt habt. Der Weg wäre nicht mehr weit gewesen zu einem ausgeglichenen Budget in der Allgemeinen Rechnung. Doch kurz vor dem Ziel, buchstäblich 5 ‰ vor dem Ziel, hat Euch der Mut verlassen.

Wir sprechen hier über einen Betrag von knapp 500'000 Franken. Das sind rund 5 ‰ (fünf Promille) des Allgemeinen Haushalts.

Persönliche Anmerkung resp. Illustration:

Letztes Jahr war ich auf einer langen Velotour "Quer durch Amerika - 5'600 Kilometer von New York nach San Francisco" und deshalb sind für 5‰ rund 28 Kilometer von meiner langen Velotour. Wenn ich nun 28 Kilometer vor dem Ziel meiner Velotour aufgegeben hätte, dann hätte ich mich bestimmt geärgert.

Wir sind überzeugt, dass diese letzten 5 ‰ auch noch zu schaffen sind. Die SVP-Fraktion schliesst sich dem mehrheitlichen Antrag der Finanzkommission an (siehe GGR-Botschaft, Abschnitt 1.1, Ziffer 2) und stellt den Antrag gemäss Artikel 39 GO GGR:

Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat, mit folgendem **Auftrag**:

- *Beim Personal- und Sachaufwand sind die Budgetbeträge bei den einzelnen Aufwandkonti, um insgesamt CHF 493'610.00 zu verringern, dies bei unverändertem Steuersatz. Damit wird im Allgemeinen Haushalt ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen.*
- *Das solcherart überarbeitete Budget ist dem Grossen Gemeinderat an der nächsten GGR-Sitzung zur Genehmigung zu unterbreiten.*

In der GGR-Botschaft zum Budget soll zudem der Grundsatz festgehalten werden, dass Nachkredite für neue, nicht zwingende Aufgaben der Gemeinde mit äusserster Zurückhaltung beschlossen, werden bzw. dass Nachkreditbegehren konsequent auf den ordentlichen Budgetprozess und Fristenlauf verwiesen werden.

Begründung:

- Es geht, neben dem finanzpolitischen Anliegen für ein ausgeglichenes Budget, auch um einen grundsätzlichen Kulturwandel.
- Die Ausgabendisziplin sowohl auf Stufe Gemeinderat als auch auf Stufe Grosser Gemeinderat muss deutlich verbessert werden.
- Die Effizienz und Wirkung der eingesetzten Mittel ist weiter optimierungsfähig.

Christoph Leiser (FDP): Wir danken allen Beteiligten für das Erarbeiten der Unterlagen und insbesondere den frischen Wind resp. Ansatz zur Budgeterstellung. Wir schätzen den Ansatz, das Budget näher an die «Wirklichkeit», sprich die Jahresabschlüsse heranzuführen und «Luft» aus dem Budget abzulassen. Handwerklich scheint das Budget korrekt erstellt zu sein, die fehlerhaften Auszüge in der Botschaft sind aber ärgerlich. Die FDP/Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag Gemeinderat hinsichtlich der vorgeschlagenen Steueranlagen 2025 folgen; eine Detaildiskussion einzelner Budgetposten und das weitere Aufblähen der Aufwandseite ist für uns nicht opportun. Ein negatives Budget bleibt aber ein unschönes Budget!

Einige Bemerkungen zum Thema:

- Es muss uns allen klar sein, dass mit dem Ansatz der feineren/genaueren Budgetierung kaum mehr der bekannte Effekt oder Reflex «die Jahresrechnung kommt dann schon besser» greifen wird. Es könnte also durchaus sein, dass die Jahresrechnung künftig im Budgetvergleich auch einmal einen «Taucher» machen könnte!
- Es ist entsprechend unerlässlich, dass die leidigen Nachtragskredite (Gemeinderat und GGR) zurückhaltend und verantwortungsvoll geprüft und allenfalls und immer ungern gesprochen werden!
- Die Mantra mässig (vermutlich) beantragte Steuererhöhung unterstützen wir auch heute nicht - unterstütze ich heute nicht.

Colette Nova (SP): Ich habe beim Votum von Gerhard Baumgartner (EVP) interessant gefunden, dass er auch die Verschuldensthematik erwähnt hat. Ich habe es hier in der Vergangenheit schon häufig gesagt, und ich hatte stets den Eindruck, dass dies nicht erkannt worden sein. Deshalb freut es mich natürlich, dass dies auch andere erkannt haben.

Auch dieses Budget 2025 macht der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion keine grosse Freude. Ja, weil es defizitär ist. Auch das ist ein "Déjà-vue", dass wir in den letzten Jahren häufig hatten. Auch wir hätten lieber ein ausgeglichenes Budget oder gar einen Überschuss, das wäre natürlich schöner. Aber wir wissen aus den Diskussionen der letzten Jahre, dass wir im GGR den allergrössten Teil der Ausgaben der Gemeinde Ostermundigen nicht beeinflussen können. Dieser ergibt sich nämlich aus dem übergeordneten Recht (insbesondere die Transferausgaben). Oder aus bereits beschlossenen Investitionen - gegenwärtig insbesondere hohe Investitionen in den Schulraum. Diesen Investitionen und noch vielen mehr können wir nicht ausweichen. Jedoch müssen wir die Aufgaben erledigen. Wir haben in der Vergangenheit

auch schon die Erfahrung gemacht, dass wenn man den Unterhalt von Gebäuden aufschiebt, es dann halt einfach später, aber umso teurer kommt. Also bringt es uns nichts, wenn wir die Investitionen aufschieben. Das Ganze wird nur teurer.

Vieles ergibt sich aus Projekten, die man im Einzelnen jeweils ziemlich sparsam geplant hat. Als Beispiel dient die Erweiterung und der Umbau der Schulanlage Rothaus: Dort waren wir eigentlich alle der Meinung, man habe das sparsam und gut gemacht. Dieser ganz grosse Brocken wurden ja auch von der Stimmbevölkerung genehmigt.

Der Teil, den wir irgendwie beeinflussen können, ist einfach sehr klein und etwas frustrierend. Aber es ist so und die Realität, die eine Gemeinde hat.

Letztes Jahr erhielten wir von der Finanzabteilung zwei schöne, farbige Küchen, und zwar für die Ausgabe- und Einnahmenseite. Dort konnte man bei den Ausgabenseiten sehr gut sehen, wie wenig wir anpassen können und wie wenig es ausmacht, wenn man in diesen Teilen noch irgendwie ein bisschen etwas probieren möchte. Das wurde wirklich gut aufgezeigt und deshalb auch frustrierend, aber jedoch die Realität.

Am vorliegenden Budget hat die Finanzabteilung intensiv daran gearbeitet (inkl. mehrfachen Dialogen mit den Abteilungen) - der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern hat es vorhin wiederholt: Ist die sogenannte "Luft" aus dem Budget 2025 entzogen worden. Das heisst aber auch, dass es jetzt keine Luft mehr drin hat. Es wäre etwas anderes, wenn man das nicht gemacht hätte. Dann wäre es sinnvoll, dies jetzt noch zu tun. Aber dadurch, dass man es schon gemacht hat, gehe ich davon aus, dass wir eigentlich keinen Spielraum mehr haben, resp. keine Luft zum Herauspressen mehr haben. Wenn man etwas machen möchte, um ein Defizit zu vermeiden, dann müssten wir also ein wenig höhere Steuern beschliessen. Immer nach dem Motto: "Vermeiden, dass man unnötige Ausgaben und Schuldzinsen hat (wen man sie vermeiden kann). Sie sind unnötige Ausgaben". Dies hat die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion in den letzten Jahren immer wieder vorgeschlagen: Wir sind mit diesem Vorschlag immer wieder aufgelaufen. Deshalb tun wir dieses Jahr nicht. Wir werden dem vorliegenden Budget 2025 zustimmen. Nicht mit riesengrosser Freude - das hat man bei den Budgets sowieso nur selten - aber aus Vernunft.

Oliver Tamàs (glp): Auch die GLP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst und bedankt sich für die detaillierte Ausarbeitung des Budgets und des Finanzplanes. Vieles ist deutlich verbessert worden, indem nun näher an der Realität geplant und budgetiert wird. Wir haben nun also nicht mehr Budgets mit einem Minus von gegen 2 bis 3 Mio., dafür kann es natürlich sein, dass der Jahresabschluss dann schlechter sein wird als budgetiert.

Trotzdem sind wir nicht ganz zufrieden mit dem Prozess und der Vorlage, da wir eigentlich den Antrag der Finanzkommission vom 9. September 2024 stark unterstützen und uns die Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt. Das Ziel eines ausgeglichenen Allgemeinen Haushaltsbudgets finden wir in der aktuellen Situation sehr erstrebenswert.

- Wir unterstützen daher den FiKo-Antrag und fordern den Gemeinderat auf, das Budget nochmals durchzukämen. Für uns geht es nicht um ein Sparprogramm. Es soll kein Leistungsabbau erfolgen, keine Aufgaben gestrichen und kein Sparprogramm ausgearbeitet werden. Es geht darum, dass alle Abteilungen den politischen Auftrag bekommen, die Kosten zu kneten, alle Positionen durchzugehen, keine Luxuslösungen und Reserven

einzuplanen. Wo können wir noch effizienter werden? Wo können wir Luft rausnehmen? Wo haben wir zu hohe Kosten drin?

- Bevor wir Aufgaben streichen oder die Steuern erhöhen, möchten wir die Kosten vertieft geprüft und geknetet wissen. In der Privatwirtschaft ist es üblich, die Kosten regelmässig zu kneten und zu überdenken. Jeder Mitarbeiter hat die Pflicht, die Ausgaben diszipliniert zu planen. Diese Mentalität möchten wir auch in unserer Verwaltung. Es ist somit ein erster Schritt eines Effizienzprogramms. Wir geben somit erstmals von oben die Vorgaben, welches Budgetziel wir erreichen möchten (Top-down).
- Zudem schlagen wir vor, dass der Teuerungsausgleich nicht mehr vom Kanton übernommen wird, sondern dass wir diesen als Gemeinde selbst festlegen können.

Wir unterstützen somit den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und erwarten eine Überarbeitung bis zur Dezember-Sitzung.

Marcel Falk (SP): Vielen Dank für die Voten - ich glaube, es ist eine gute Debatte, die wir hier führen - und trotzdem würde ich Sie gerne mit Nachdruck bitten, diesen Antrag abzulehnen. Ich möchte dies kurz begründen:

Zum einen hat Ulrich Steiner (SVP) die 5 Promille erwähnt. Über 100 Mio. Franken Einnahmen und über 100 Mio. Franken Ausgabe im allgemeinen Haushalt: Wir wissen auf beiden Seiten, dass die Unsicherheiten sehr gross sind, auch wenn man ein wissenschaftliches Resultat hat, das mitten in diesem grossen, unscharfen Bereich liegt. Als dann kann man eigentlich bereits von einer «roten Null» sprechen. Es ist ein wenig eine Zahlenspielerei, dass man das jetzt exakt auf «null» herunterbringt. Das hat mit einer realen Problemlösung nichts zu tun.

Wir haben alle Luft hinausgelassen. Wir haben keine Anhaltspunkte für eine Besserung. Auf dieser Basis gibt man dem Gemeinderat aber den Auftrag, das ganze Budget nochmals durchzunehmen. Das ist per se sehr aufwendig und zweitens, was vielleicht fast noch schlimmer ist: Jeder, der in seinem Job mit Finanzen arbeiten muss weiss, dass weitere Wochen und Monate - über die man nicht weiss, über welche Finanzmittel man verfügt - Gift für ein Projekt sind.

Ich glaube, wir machen da eine Zahlenspielerei und geben eine Hausaufgabe, die uns allen am Schluss überhaupt nicht mehr bringt. Ich glaube, letztendlich haben wir ein gemeinsames Ziel - das ist ein toller Lebenswert in Ostermundigen und gesunde Finanzen sind ein extrem wichtiger Teil davon. Aber eben nicht nur: es braucht auch die Investitionen in die Schulen, in den öffentlichen Raum, in die Dienstleistungen der Gemeinde, damit man eben das attraktive Ostermundigen erreicht. Das Bremsen durch eine solche Hausaufgabe finde ich den falschen Weg.

Hans Peter Friedli (SVP): Ich komme gerade ein wenig spontan. Das letzte Votum von dir Marcel Falk (SP): Mir ist einfach wichtig, egal was man macht, dass man ein Ziel vor Augen hat. Das Ziel hier bei einem Budget müsste doch sein, dass wir eine schwarze Null hinkriegen. Wenn man das nicht hat, kommt es so hinaus wie in der Vergangenheit: Man hat einfach immer 1,5 bis 2,5 Mio. Franken budgetiert. Wenn es gut kommt, ist es gut - und wenn es eben schief geht, spielt es keine Rolle. Es ist ja nicht mein Geld. Dieser Misstand sehen wir auch in der Politik mehrheitlich so.

Ich möchte daran erinnern: Auch wir Parlamentsmitglieder sind in der Pflicht. Wenn wir im Detail zurückschauen, was wir alles beschliessen - was eine ansehnliche Summe das ist - die nicht unbedingt sein müsste, die einfach Komfort ist. Auch hier müsste man sich einmal überlegen, ein wenig die Schraube anzuziehen und dann auch einmal - wenn es einem nicht ganz passt - Nein zu sagen und über den Schatten zu springen.

Gerhard Baumgartner (EVP) hat es ja in seiner Einleitung schon treffend gesagt --> Eben auch wir hier sind gefragt!

- Kann man nachher noch Fragen zum Budget stellen, oder wie ist das weiter Vorgehen geplant?

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ja, unbedingt will ich etwas sagen. Mich können Sie noch weiter motivieren, aber ich bin schon motiviert, ein ausgeglichenes Budget abzugeben.

Dieses Jahr haben wir alles gegeben, um das vorliegende Budget abbilden zu können. Ich habe es schon erwähnt, dass das Budget "handwerklich" gut erstellt ist. Die Meinung der Finanzkommission wurde zur Kenntnis genommen und der Gemeinderat hat seine Position transparent und schriftlich dargelegt.

Aber das Ziel ist zwingend, insbesondere für die nächsten Jahre: Ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Das ist das Ziel und das ist die Motivation.

① Eine kurze Bemerkung zum "Teuerungsausgleich":

Das "1 Prozent" ist natürlich ein Platzhalter. Der Teuerungsausgleich für das Personal wird aufgrund des Lohnsystems bezahlt. Also wenn ein Antrag kommt, dann muss dieser zum Lohnsystem gestellt werden und nicht zum Budget.

Der Teuerungsausgleich wird automatisch bezahlt. Wenn die Teuerung 0,5 % beträgt, bezahlen wir 0,5 %, und wenn er 1,8 % beträgt, bezahlen wir 1,8 %.

① FiKo-Antrag:

Eine Kürzung sei im Personal- und Sachaufwand notwendig. Wenn Ihr diesen Antrag so bringen wollt, wäre die Folge, dass wir dies kürzen würden. Ich habe zwei Sachen gehört. Einerseits eine globale Kürzung, aber die bringt auch nichts, das ist Kosmetik. Wenn die Finanzkommission meinte, eine echte Kürzung vorzunehmen resp. den Personalaufwand zu kürzen, bedeutete ganz konkret die Stellen, die wir gerade nicht besetzt haben zu streichen. Insbesondere jene Stellen, die in der letzten GGR-Sitzung genehmigt wurden. Diese würden wir sofort streichen. Weiter haben wir noch eine 0,4-Prozent-Stelle, die irgendwo nicht gerade besetzt ist. Vielleicht ist sie zwischenzeitlich besetzt, aber vor zwei Tagen noch nicht. Diese würden wir auch streichen. Das heisst, ein Auftrag der Finanzkommission durchzusetzen oder zu erfüllen, würde genau das bedeuten.

① Sachaufwand oder der Resten?

Wenn Ihr die Positionen anschaut, diese sind schon durchgekämmt. Dort gibt es einen grossen Haufen an Transferzahlungen, die wir gar nicht beeinflussen können. Ein Posten betrifft den Unterhalt. Wenn Ihr wirklich die Position streichen wollen, sinkt der Unterhalt bei den Schulhäusern zum Beispiel. Das ist ja nicht das, was Sie wollen. Ich erwähne noch einmal: Ich habe grösste Sympathien für den FiKo-Antrag, und eine schwarze Null hinzukriegen. Ich

glaube, es ist jetzt eine rote Null, also ein halbes Prozent. Ein kleiner Windstoss und dann kippt es gleich auf die andere Seite. Wir sind extrem genau auf 100 Mio. Franken.

Ich will nur sicherstellen, welche Folgen es sind, wenn der GGR eine Feinmassage möchte. Das ist die andere Sache, dass wir noch einmal in die Runden gehen und mit einem neuen Antrag kommen. Dann würde die Genehmigung am 20. März 2025 erfolgen. Das heisst, wir sind drei Monate ohne Budget. Wenn wir den Prozess ganz normal durchspielen, wie er in der Gemeindeordnung vorgegeben ist, dann können wir nicht im Dezember kommen. Als dann haben wir gar nicht Zeit, die Posten alle anzuschauen und die Termine können nicht eingehalten werden.

Adrian Tanner (Grüne): Wir haben einen Antrag erhalten, der ein ausgeglichenes Budget möchte. Ich stelle fest, dass die Parteien, die diesen Antrag unterstützen, eine Mehrheit im Gemeinderat hat und dass der Gemeinderat dies nicht so vorgestellt hat. Es ist natürlich schön, dass man eine andere Meinung als Exekutivmitglied derselben Partei haben darf, das ist ja nicht in allen Ländern so. Ich hoffe aber auch, dass es möglich ist, eine andere Meinung als die Mehrheit der Fraktion zu haben. Ihr befürchtet - und ich wende mich an die FDP, SVP und GLP - eine Zunahme der Verschuldung. Das kann ich grundsätzlich verstehen. Das finde ich auch nicht so gut. Aber ich lade das Parlament ein, den Blick ein wenig zu öffnen.

Wir wollen ein Budget und Ihr befürchtet eine Zunahme der Verschuldung. Aber im Budget wird nur das Finanzielle abgebildet, und zu einer nachhaltigen Politik gehören eben neben den ökonomischen Aspekten auch ökologische und soziale Aspekte und auch eine gute Regierungsführung. Aber darauf gehe ich hier nicht ein. Das scheint mir einigermaßen gegeben zu sein. In anderen Fällen würde ich es dann konkret kritisieren.

① Zum ökologischen Aspekt:

Wie Ihr wisst, die Menschheit braucht jedes Jahr mehr Ressourcen, als die Natur im selben Zeitraum zur Verfügung stellt. Der sogenannte Erdüberlastungstag war dieses Jahr am 1. August. Im Verhältnis zur Bevölkerung und zum durchschnittlichen Konsum war der Überlastungstag für die Schweiz bereits am 27. Mai. Da werden wir uns eigentlich jedes Jahr verschulden. Kapital abbauen, das uns nicht zusteht, nehmen wir den zukünftigen Generationen weg, das nehmen wir den anderen Lebewesen auf der Welt weg, das nehmen wir unseren zukünftigen Ichs weg, aber da haben wir kein Budget, das wir jedes Jahr genehmigen müssen, und es gibt natürlich auch zahlreiche Interessen, die sich bemühen, dass es so bleibt.

Also: Wenn wir diese Zusatzrunde machen, dann ist dies erstens ein Aufwand für den Gemeinderat und die Verwaltung. Ihr habt ja unterstrichen, wie dankbar Ihr für diese Arbeitszeit seit. Von mir aus wäre das auch ein Zeichen der Dankbarkeit, in dem man eben akzeptiert, dass diese Arbeit gut gemacht wurde. Deshalb kann man auch schon da ökonomisch sparen, wenn man das möchte.

Wenn wir noch einmal durchgehen - und das werden wir, wie gehört, ablehnen - dann müsste man eben den Blick öffnen. Wir stellen jetzt nicht einen konkreten Antrag dazu, aber ich möchte einfach noch einmal unterstreichen, wie einseitig dieser Blickwinkel ist, der nur auf das Finanzielle schaut. Es ist zwar verboten, in ein Haus einzubrechen und dort Geld zu nehmen. Aber es ist nicht verboten, zu viele Ressourcen zu verbrauchen, die man nachher jemand anderem wegnimmt und das zum Beispiel zu Überschwemmungen führt, die ja auch zuerst in der Nähe passieren können, wie wir dies auch erlebt haben, und von daher ist dieser

ganze Prozess eigentlich fragwürdig. Ich könnte auch nichts sagen, ich verzichte darauf und danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Zur GGR-Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Hat jemand noch Detailfragen zum Budget, ausser Hans Peter Friedli (SVP)?

Hans Peter Friedli (SVP): Uns interessiert im Budget auf Seite 5 - Konto 220.3170.14:

- Weshalb fehlen die Zahlen aus der Rechnung 2023 zum Mundigenfest?

Und weiter auf dieser Seite 5 - Konto 220.3635.00:

- Weshalb ein Unternehmen wie O'Bloc Beiträge von 3'200 Franken von der Gemeinde erhält?

Es sind noch zwei Fragen oder Bemerkungen zu Seite 46:

1. Beim Budgetposten "diverse Anlässe" (Konto 681.3170.07) in den Jahren 2023 und 2024 brauchte es im Durchschnitt 7'000 Franken für diese Anlässe. Für das neue Budget sind 75'000 Franken angesetzt, das heisst, zehnmal mehr. Warum das?
2. Ähnlich sieht man auch bei den nächsten Konto "Beiträgen an private Organisationen" (Konto 681.3636.00)

Wir freuen uns, wenn wir dazu Antworten erhalten.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Da Hans Wipfli, Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport heute nicht anwesend ist, versuche ich eine Frage zu beantworten.

① Zu den budgetierten 3'000 Franken an den O'Bloc:

Das ist ein jährlicher Kursbeitrag, welcher der Gemeinderat beschlossen hat. Schülerinnen und Schüler dürfen sogenannte "Schnupper-Kurse" besuchen. Die 3'000 Franken sind der Gemeindebeitrag. Diese spezielle Vereinbarung wird, Irrtum vorbehalten, alle vier Jahre erneuert.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Wir müssen die Angaben zuerst suchen und können die Antwort nachliefern. Mit diesem Vorgehen wird der Ratsbetrieb nicht aufgehalten.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Gut, hat vielleicht doch noch jemand eine Frage zum Budget 2025?

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat hat zuerst über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abzustimmen.

Das überarbeitete Budget 2025 soll bereits an der nächsten Sitzung am 5. Dezember 2024 dem GGR vorgelegt werden. Wir haben vom Gemeinderat gehört, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden kann und dass das Budget erst am 20. März 2025 traktandiert werden kann.

Ulrich Steiner (SVP): Wir wollen nicht einen "Shutdown¹" bis im März 2025 - das ist schon klar.

Unser Auftrag ist es, das Budget auf eine schwarze Null zu korrigieren und an der nächsten GGR-Sitzung vom 5. Dezember 2024 zur Genehmigung vorzulegen. Dieser Punkt ist im Rückweisungsantrag zu belassen, ansonsten macht das Ganze keinen Sinn.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Fristen müssen nach den gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden. Der Redaktionsschluss für die GGR-Sitzung vom 5. Dezember 2024 ist gestern Abend abgelaufen. Der Gemeinderat wird die Traktandenliste an der Sitzung vom 29. Oktober 2024 behandeln.

- ① Der nächstmögliche Termin ist der 20. März 2025. Ausser eine ausserordentliche GGR-Sitzung wird verlangt. Die erste resp. konstituierende Sitzung für die neue Legislaturperioden 2025 bis 2028 findet am 13. Februar 2025 statt. An diesem Datum können keine Sachgeschäfte behandelt werden.

Wird das Budget am 20. März 2025 beraten, müssen wir die ersten vier Monate im Jahr 2025 ohne rechtsgültiges Budget in Angriff nehmen. Das sind die Konsequenzen und das Parlament hat darüber zu entscheiden.

Colette Nova (SP): Die vorgegebenen Fristen für die GGR-Sitzungen werden offenbar unterschätzt. Ich warne vor der Unterschätzung einer budgetlosen ersten Jahreshälfte 2025. Diesen Missstand durften wir bereits einmal erleben. Die Situation war damals problematisch und sollte unbedingt vermieden werden.

Es wäre für alle hilfreicher, nun Farbe zu bekennen und die notwendigen Anträge aus dem Parlament zu stellen resp. zu formulieren (Budgetposten genau). Das ist bestimmt eine ehrliche Methode.

Wir können ein Time Out nehmen und die aktuelle Situation kurz besprechen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Wir machen eine kurze Pause von 5 Minuten

- - - - - P a u s e - - - - -

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Gut, diese fünf Minuten sind schon längst vorbei. Bitte alle wieder Platz nehmen, wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich bin froh, dass die SVP-Fraktion den Vorstoss über einen Abänderungsantrag übernimmt.

¹ LEO-Wörterbuch: die Auslaufzeit

Ulrich Steiner (SVP): Vielen Dank für die Geduld. Wir sehen das bestehende Dilemma. Es ist nicht unsere Absicht, Ostermundigen in einen "Shotdown" zu reiten. Obwohl es möglich wäre, hier noch etwas schneller zu fahren.

Wir werden unseren **Änderungsantrag Nr. 1** entsprechend anders formulieren:

Beim Personal- und Sachaufwand sind die Budgetbeträge vom Budget 2026 so zu verringern, dass bei einem unveränderten Steuersatz im allgemeinen Haushalt ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen werden kann.

Ich habe das noch nicht schriftlich formuliert. Mit diesen Änderungen würden wir den bestehenden **Rückweisungsantrag zurückziehen.**

Finanzverwalter Thomas Lauener: Ich hoffe auf Ihr Verständnis, dass wir solche Detailfragen nicht einfach aus dem "Stegreif" beantworten können. Wir füllen jedes Jahr zehn Bundesordner mit Buchungen, und jetzt gehen wir zwar digital, aber von der Menge her ändert das nichts. Deshalb braucht es eine gewisse Zeit, solche Sachen hervorgehen zu können.

① Mundigenfest

Die effektiven Rechnungszahlen im Jahr 2023 wurden auf einem anderen Konto an derselben Kostenstelle verbucht, weil der ursprüngliche Kredit schon vor Jahren auf einem anderen Konto beantragt wurde. Man wechselte nachher für das Budget 2024 und das Budget 2025 das Konto. Sie finden diese Zahlen immer noch auf Seite 6 in der PDF-Datei, Kostenstelle 223. Wir haben unter Konto 3130.00, honorarexterne Berater, 92'404 Franken in der Rechnung 2023 verbucht. Und wir haben nachher für das Budget 2024 und für das Budget 2025 auf dem Konto 3170, das ist einfach ein paar Zeilen weiter unten, haben wir 97'000 Franken für das Mundigenfest budgetiert. Also 5'000 Franken mehr, als wir in der Rechnung 2023 verbucht haben (einfach etwa fünf Zeilen weiter unten).

Deshalb kann man das nicht gerade sehen, es tut mir leid, aber solche Veränderungen gibt es.

① Soziales

Das ist auch der Grund, weshalb wir nachher weiter unten auf der Kostenstelle 681 im Sozialen eine Verschiebung haben. Die Zunahme auf dem Papier der Kosten die man dort sieht. Das wäre im PDF-Datei, Seite 47, das Konto "diverse Anlässe; Spesen" 3170.07. Dort hatten wir im Budget 2024 10'000 Franken und im Budget 2025 75'000 Franken angegeben. Der Hintergrund ist, dass im Grossen Gemeinderat die "Quartierarbeit" beschlossen wurde und die Abteilung Soziales hat ihre Organisationsstruktur geändert. Aus diesem Grund wurden diverse kleinere Positionen, die vorher auf anderen Kostenstellen waren, zusammengefasst und neu auf das Konto genommen. Also ist das nicht eine Zunahme per se, sondern das ist einfach eine andere Darstellung, da diese Kosten vorher verteilt waren. Das betrifft unter anderem: Betriebskredit für mobile Quartiersarbeit, Altersarbeit 30'000, Quartiersarbeit 30'000, das Betriebsbudget frühe Förderung, der Eltern-Kind-Treff, die Kosten für das Mundigenfest, die in diesem Teil anfallen, Deutschkurse, Elternvereine usw.. Es sind also viele kleinere Positionen, die dort im Rahmen der Restrukturierung bzw. Neuorganisation der Abteilung Soziales zusammengefasst wurden. Aber das ist nicht wie vorerwähnt eine Kostenzunahme von 10'000 und 75'000 Franken.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Wird noch eine weitere Pause verlangt?

----- **P a u s e** -----

Ulrich Steiner (SVP): Wir ziehen den **Änderungsantrag zurück**. Wir werden das Anliegen an der nächsten GGR-Sitzung in Form eines dringlichen Vorstosses vortragen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Seid Ihr mit einer "In Globo-Abstimmung" ohne das Verlesen sämtlicher Zahlen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2025 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5 ‰ des amtlichen Wertes;
 - Hundesteuer CHF 100.00 pro Hund
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4 ‰ des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
2. Das Budget für das Jahr 2025, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von CHF 1'386'260, wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 116'252'460	CHF 114'866'200
Aufwandüberschuss		CHF -1'386'260
Allgemeiner Haushalt	CHF 102'799'410	CHF 102'329'500
Aufwandüberschuss		CHF -469'910
SF Abfallbewirtschaftung	CHF 2'338'040	CHF 1'474'700
Aufwandüberschuss		CHF -863'340
SF Wasserversorgung	CHF 4'520'090	CHF 5'141'000
Ertragsüberschuss	CHF 620'910	
SF Abwasserentsorgung	CHF 5'802'210	CHF 5'088'000
Aufwandüberschuss		CHF -714'210
SF Feuerwehr	CHF 792'710	CHF 833'000
Ertragsüberschuss	CHF 40'290	

3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Axioma #9797
20.2.00 Allgemeines

305. Finanz- und Investitionsplan 2025 bis 2030; Genehmigung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Den vorliegenden Finanzplan haben wir analog wie in den Vorjahren erstellt. Wir haben nichts an der Systematik geändert. Die Basis ist der Abschluss 2023, das Budget 2024 und das Budget 2025.

Grundsätzlich werden die Werte für die Folgejahre anhand von Formeln weitergerechnet. Besondere Ereignisse wie z. B. erwartete Mehrwertabschöpfungen, grosse Investitionen oder Steuerprognosen werden manuell erfasst bzw. korrigiert.

Somit gilt, dass ein Finanzplan im Prinzip ein Weiterrechnen des Budgets ist. Und deshalb war es in der Planungserklärung auch richtig, dass wir die Reihenfolge korrigierten, ansonst hätte das Ganze ja gar keinen Sinn gemacht.

Der Finanzplan gibt insbesondere auch darauf Antwort, ob und wie die Finanzstrategie eingehalten wird. Wie Sie aus der Botschaft entnehmen können, sind zum jetzigen Zeitpunkt keine Interventionsmassnahmen notwendig.

Michael Mitter (Die Mitte): Ich habe den Finanzplan eingehend studiert. Dabei sind mir zwei Sachen ins Auge gestochen:

1. Die Spezialfinanzierungen Abfallbewirtschaftung und Abwasserentsorgung weisen in den nächsten Jahren durchwegs hohe sechsstellige Verluste in der Erfolgsrechnung aus.

Bei der Abfallbewirtschaftung haben wir im Januar 2023 mit der neuen Abfallverordnung aufgrund des hohen Eigenkapitals eine Gebührensenkung vorgenommen. Das Eigenkapital wird laut Finanzplan jedoch bereits im Jahr 2027 aufgebraucht sein.

Ich bin der Meinung, dass wir das so nicht hinnehmen sollten und rechtzeitig Gegensteuer geben müssen. Sonst laufen wir in den nächsten Jahren Gefahr bei einer allfällig nötigen Steuererhöhung, gleichzeitig auch noch eine Gebührenerhöhung vornehmen müssen.

2. Bei den Schulanlagen sind in den Jahren 2026 und 2027 unter dem Vermerk «Anpassungen nach Inbetriebnahme Rothus» Ausgaben von insgesamt 2,5 Mio. Franken geplant. Was beinhalten diese Massnahmen?

Gerhard Baumgartner (EVP): Der Finanzplan wird analog dem "hundertjährigen Kalender" erstellt: Es ist keine gesicherte Prognose. Wie es im Geschäft beschrieben ist, sind es sehr viele Faktoren, die sich im oder in den Planungsjahren verändern können. Ich verstehe den Finanzplan als Konzept. Konzept heisst bekanntlich "ein gedanklicher Entwurf".

Momentan stehen unsere "berühmten Ampeln" der Finanzstrategie noch auf grün. Das soll im Jahr 2030 angeblich auch noch so sein.

Zu bedenken ist, dass im Jahr 2030 die Nettoverschuldung pro Kopf/Einwohner anderthalb Mal höher sein wird als im Jahr 2024. Und dies trotz geplantem, erhöhtem Steuerfuss von 1.74.

- Wollen wir das tatsächlich?

Ich denke, dass der Souverän die Verschuldung nicht ausreizen möchte. Wir dürfen dabei nicht nur an uns denken. Uns geht es ja gut! Nach uns kommt eine neue Generation, und dieser überlassen wir einen hohen Schuldenberg. Das darf nicht sein. Wir Parlamentsmitglieder haben die Eigenverantwortung wahrzunehmen!

- Was können wir dazu beitragen?

Es ist eine generelle Frage, ob die Investitionen nicht einfach in einer grösseren Zeitspanne erfolgen können. Auch die geballte Ladung an Investitionen pro Jahr muss entschärft werden. Da haben wir Mitglieder des Grossen Gemeinderates ein Wort mitzureden bzw. diese Entscheidung tragen wir mit.

Die EVP-Fraktion wird auch in Zukunft in dieser Richtung politisieren. Die EVP-Fraktion wird die Entwicklung sehr wachsam verfolgen. Wir werden dem vorliegenden Finanzplan zustimmen.

Colette Nova (SP): Vorab noch eine kleine Formalität:

- Mit der Finanzstrategie im Jahr 2021 hat der Gemeinderat beschlossen, die Finanzplanung konsequent auf acht Jahre auszulegen. Die Unterlagen dazu fand ich gestern Abend noch und schickte sie sogleich Gerardo Grasso (Departementsvorsteher Finanzen/Steuern). Jetzt musste ich feststellen, dass der Finanzplan nur für sechs Jahre berechnet ist. Gerardo Grasso hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es im letzten Jahr ebenfalls so war, und ich habe es damals nicht bemerkt. Es gibt keine absolute Wahrheit. Die Vorschriften liegen bei fünf Jahren. Die acht Jahre gingen damals auf Wunsch seitens Parlament hervor.

Wir hatten es im vorherigen Geschäft "Budget 2025" erwähnt, dass der Gemeinderat enger, präziser und mit der Idee realitätsnäher budgetiert. Ich habe den Eindruck, dass der Gemeinderat mit diesem Vorgehen weniger tiefere jährliche Defizite ausweist. Das heisst, es sieht auf den ersten Blick weniger schlimm aus als auch schon. Auf den zweiten Blick ist genau das, was Gerhard Baumgartner (EVP) gesagt hat: Ich hätte jetzt alle meine Voten aus den letzten Jahren hervorheben können. Auf den zweiten Blick sieht die Situation wirklich nicht so gut - wenn nicht noch ein ganz reicher Onkel aus Amerika mit Millionengeschenken ankommt - oder irgendjemand hier in der Gemeinde, oder vielleicht der Gemeinderat selber - ich weiss nicht was. Wenn alles dargelegte realistisch ist, werden wir in eine grosse Verschuldung hineingehen.

Laut dem Finanzplan wird der Allgemeine Haushalt immer mehr mit "Verschuldungen" finanziert. Das ist keine gute Entwicklung. Das heisst, wenn wir es so machen, leben wir über unseren Verhältnissen. Gemäss dem Finanzplan, den der Gemeinderat aus konzentrischer Richtung gemacht hat, würden nicht wir die Rechnung dafür bezahlen, sondern unseren Nachfolger bzw. unsere Kinder und so weiter. Unsere Nachfolger (sowohl im Gemeinderat als auch im Grossen Gemeinderat) werden in einigen Jahren eine Situation vorfinden, wo sie praktisch keinen Spielraum mehr haben. Es wird auch dann berechnete Wünsche und Anliegen geben,

aber das Geld ist dann einfach nicht mehr da, weil man verschuldet ist. Es müssen Schuldzinsen ausgegeben werden, welche vermieden werden könnten.

Ich denke, dass wir auf der Ausgabenseite nicht viel mehr machen können (man kann immer etwas probieren). Trotzdem stehen grossen Investitionen an. Mit höheren Steuererträgen können wir die Verschuldung in Grenzen halten. Das haben wir Parlamentsmitglieder in der Hand. Für das nächste Jahr haben wir ein Budget mit der unveränderten Steueranlage beschlossen. Aber wir haben es in der Hand: Wir sollten es richtig machen. Wir dürfen die Gemeinde Ostermundigen nicht in eine zunehmende Verschuldung hineintreiben. Das ist einfach keine gute Situation.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ich werde zuerst meine Stellungnahme bzw. Antworten abgeben:

① Zur Verschuldung

Ja, das sind unsere Schulhäuser. Die Sanierung Schule Rothus und der Bau einer neuen Dreifachhalle, das sind die Projekte, welche uns einen riesigen Schub geben. Das hat es in der Geschichte von Ostermundigen in dieser Form noch gar nicht gegeben.

Und ja, es ist so - wir bauen wenigstens für die Zukunft und für unsere Kinder. Aber es muss sein. Ihr kennt die Geschichte zum Teil länger als ich. Man hat es zum Teil versäumt. Deshalb sind die Schulraumplanung und die Umsetzung am Schluss sehr lang geworden. Aber jetzt machen wir es nicht einfach auf einen Punkt, weil wir es so geplant haben. Die Kinder brauchen einfach diesen Platz. Das ist der Hintergrund zu den Investitionen. Es kommt heute ein weiteres Geschäft mit einer Versickerungsanlage, welches ebenfalls einen Haufen Geld kostet. Also wir müssen viele Geschäfte erledigen, welche wir in der Vergangenheit nicht gemacht oder nicht machen konnten. Das führt jetzt ganz automatisch zu einer höheren Verschuldung.

① Zur Finanzstrategie

Wir haben ein Projekt, die Finanzstrategie anzupassen, zu verfeinern und neu aufzusetzen. Das bedeutet, dass wir so schnell wie möglich mit einem Update kommen inkl. die acht Jahre, die ich effektiv vergessen habe. Die Finanzstrategie kommt neu daher. Die Ziele müssen wieder diskutiert und auf die Richtigkeit hin überprüft werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau + Betriebe Bettina Fredrich (SP): Zum Votum von Michael Mitter (Mitte):

① Spezialfinanzierung "Abfall und Abwasser"

Die Aussage ist richtig, wir sind dort in einem Minus und das ist gewollt. Die, die schon länger dabei sind, erinnern sich: Wir haben das Abfallreglement überarbeitet. Wir haben die verschiedenen Spezialfinanzierungen stark geäuftete, was nicht eigentlich das Ziel sein sollte. Die Gebühren sind als dann auch gleich wieder zu brauchen resp. investieren, und für die Investitionen, die wir im Finanzplan hinterlegt haben, sollten sie reichen. Es ist in diesem Sinn nicht das Ziel, dass wir hier grosse Reserven bilden. Wir haben mit dem Abfallreglement das gesenkt. Wir haben in diesem Jahr auch zwei neue Fahrzeuge beschafft. Und jetzt geht es in ein Minus und wir müssen die Situation überprüfen. Beim Wasser und beim Abwasser haben wir die Situation gerade geprüft, und wir sind in eine ganz detaillierte Modellierung bezüglich

dieser Spezialfinanzierungen eingegangen. Wir werden dort die Gebühren anpassen. Im Moment etwas nach unten, bei der Wasserversorgung (der Gemeinderat hat bereits entschieden) bzw. beim Abwasser bleibt es dasselbe. Wir behalten die Entwicklung jedes Jahr im Blickfeld und denken, dass wir dort nicht in einen negativen Bereich bei der Reserve hineinkommen.

Man erschreckt sich auf den ersten Blick. Doch das ist so gewollt, diese Reserven abzubauen resp. dann wieder aktiv zu werden, wenn wir feststellen, dass wir auf die längere Sicht die Gebühren wieder erhöhen müssen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadron (SP): Ich möchte auch noch Stellung nehmen zum Votum von Michael Mitter (Mitte):

Es mutet etwas komisch an, wenn wir jetzt die Schulanlage Rothus bauen, und jetzt ist da noch einmal eine Investition vorgesehen.

Dem GGR liegen viele Projektebeschriebe transparent zur Einsichtnahme auf (siehe Gemeindeforum: [Projektbeschriebe Finanzplan 2025 bis 2030.pdf](#)). Es betrifft dies die Projektnummer 33: Wir haben ganz viele Aufträge von der Abteilung Bildung, Kultur, Sport bekommen. Das heisst, das Rothus wird ein neuer Schulstandort mit einer Schulleitung, also ein vollständiges, neues Schulhaus. Und das heisst, die Investitionen gehen jetzt zur Rüti. Dort sind natürlich Klassen, die umziehen werden. Anschliessend wird es in der Rüti bauliche Massnahmen in sämtlichen Schulhaustrakten brauchen. Und das ist etwas, das wir einfach mal als Investitionen aufgenommen haben. Ob die Zahl der Investitionen genau stimmen - wissen wir heute noch nicht. Wir haben sicher noch genug kalkuliert. Wahrscheinlich sind es nicht so grosse Anpassungen, aber diese braucht es dann dort halt trotzdem.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Seid Ihr mit einer "in Globo-Abstimmung" einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Finanzplan mit Investitionsplan 2025 - 2030 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2)

----- **viertelstündige Pause** -----

2) 19:40 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) verlässt die Sitzung. Es sind noch **29 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma #4767
13.5.04 Tagesschulen

306. Tagesschulen Mahlzeitenlieferung; Vertragsverlängerung; Genehmigung Verpflichtungskredit

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Das vorliegende Geschäft wurde von der Finanzkommission genehmigt (siehe auch Tischauflage).

Bei diesem Geschäft geht es um die Verlängerung des bisherigen Mahlzeitendienstes um ein Jahr. Wir sind sehr zufrieden mit dem aktuellen Lieferanten und begrüssen eine Weiterführung sehr.

- Ein Antrag betreffend öffentlicher Ausschreibung erfolgt zu gegebener Zeit und ist nicht Gegenstand des heutigen Geschäfts. Die Informationen zur öffentlichen Ausschreibung sind in der Tischauflage ersichtlich.
- Ebenfalls beachtet werden muss, dass wir dem Bruttoprinzip verpflichtet sind. Die Vertragspartnerin ist die Gemeinde. Da die Eltern für die Mahlzeiten bezahlen, ist das Geschäft am Schluss praktisch kostenneutral.

Sandra Löhner (Die Mitte): Normalerweise beginne ich mein Votum mit der klaren Ansage, ob die Mitte-Fraktion diesem Geschäft zustimmen oder ablehnen wird. Wie gesagt - normalerweise: Das kann ich hier und zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht.

Als GPK-Gotte der Abteilung Bildung, Kultur, Sport und als Mutter von zwei noch schulpflichtigen Teenagern liegen mir die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schüler und Eltern sehr am Herzen. Die uns vorliegende Botschaft vermittelt im ersten Teil die Signale, dass die Schulen mit der hohen Qualität der Mahlzeiten und den zuverlässigen Lieferungen sehr zufrieden sind. Die Zusammenarbeit mit dem Lieferanten GEWA funktioniere sehr gut.

Und dann im zweiten Abschnitt steht, *der Gemeinderat habe sich entschieden, anstelle einer Vertragsverlängerung mit der GEWA den Auftrag neu auszuschreiben*. Wir sind also sehr zufrieden und schreiben den Auftrag neu aus! Das klingt in meinen Ohren eher widersprüchlich.

Was genau bezweckt der Gemeinderat damit? Offenbar sind wir nicht gezwungen, erneute eine öffentliche Ausschreibung zu machen. Die Natur des Lieferanten würde uns ermöglichen, den Vertrag - ohne Ausschreibung - zu verlängern. Handelt es sich hierbei nicht um eine verdeckte Kostenüberprüfung, um den Preis neu zu verhandeln? Wurde verpasst, rechtzeitig mit der GEWA einen neuen Vertrag auszuhandeln? Die neue Ausschreibung wird Geld und Ressourcen binden. Macht das Sinn, wenn alle mit den Leistungen der GEWA zufrieden sind?

Ich möchte gerne folgende Fragen durch den Gemeinderat beantwortet haben:

1. Wenn der GGR dem Verpflichtungskredit zustimmt, entstehen die Kosten von 590'000 Franken plus die Finanzierung der Ausschreibung und die Bindung der zeitlichen Ressourcen?

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Oktober 2024

2. Was geschieht, wenn der GGR den Verpflichtungskredit ablehnt? Etwas ketzerisch gesagt, erhalten die Tagesschüler ab August 2025 keine Mahlzeiten mehr?
3. Kann der GGR mittels Antrag einfordern, dass der laufende Vertrag mit der GEWA - ohne Ausschreibung - verlängert wird?

Ich werde gerne noch die Antworten abwarten, bevor die Mitte-Fraktion zum Geschäft eine Zustimmung oder Ablehnung beschliesst.

Gerhard Baumgartner (EVP): In der Geschäftsprüfungskommission habe ich gesagt, das Geschäft sei ein "Schwanzbeisser". Das Geschäft hat bei uns in der EVP-Fraktion zu Kopfschütteln und Unverständnis geführt. Alle sind mit der hohen Qualität der Mahlzeiten und den zuverlässigen Lieferungen sehr zufrieden. Ja, was wollen wir denn noch besser als das Beste?

Wir haben es vorliegend: Die Geschäftsprüfungskommission möchte wissen, was das Ganze kosten wird. Nein, dafür muss man kein Büro beauftragen. Wie Sandra Löhner (Mitte) vorhin erwähnt hat, würde das ein Zusatzaufwand von 40'000 Franken auslösen.

Ich habe auch einen Fuss in der Gastronomie. Ich glaube, den Preis der Mahlzeiten zu reduzieren, ist nicht zielführend. Irgendwo ist der Wurm drin - ich sage es jetzt einfach so - und das ist unsere Meinung.

Ich wiederhole nochmals: Es ist keine neue Ausschreibung notwendig. Wir können die neuen Vergleiche heranziehen und schauen, wer der Billigste und der Günstigste ist. Aber der Billigste und der Günstigste ist vielfach nicht der Beste. Das liegt der erwähnte "Schwanzbeisser" begraben.

Die EVP-Fraktion wird dem Geschäft nicht zustimmen und stellt stattdessen den **Änderungsantrag Nr. 1:**

1. *Der Gemeinderat wird beauftragt, den Vertrag mit der GEWA um weitere vier Jahre zu verlängern, das heisst vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2029.*
2. *Nebstdem sind die Konditionen zu überprüfen und soweit nötig neu auszuhandeln.*

Es ist kein externes Büro zu beauftragen. Die Arbeiten sind intern zu erledigen.

Stefanie Dähler (SP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr so viel zu sagen, da das meiste erwähnt wurde. Wir haben einen ähnlichen **Änderungsantrag Nr. 2** wie die EVP-Fraktion.

*Der Beschluss wird wie folgt geändert:
Für die Lieferung ... bis 31. Juli 2030 bewilligt.*

Wir sehen die Mahlzeitenlieferung bis in das Jahr 2030 vor, also für fünf Jahre.

→ Dann müsstest du, Gerhard Baumgartner (EVP), deinen Antrag auf "2030" korrigieren. Das ist die Frage an das Parlament.

① Wenn wir schon bei den Kosten sind:

Es kommt dann noch ein nächstes Geschäft, das etwas kostet. Vorliegend könnten wir 38'375.50 Franken einsparen. Was wollen wir zusätzliches Geld für eine Mahlzeit auf dem

Tisch ausgeben, die allen schmeckt bzw. passt. Wenn wir schon sparen wollen, dann sparen wir einfach hier.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben die Situation noch schnell einmal diskutiert (auch mit der anwesenden Abteilungsleiterin Bildung, Kultur, Sport). Jetzt müssen wir schauen, wie wir an diesen Anträgen und an diesen Rahmenbedingungen vorbeikommen, so dass am Schluss keine Problem entstehen.

- Wenn ich es richtig verstanden habe (ob jetzt 31. Juli 2030 oder 31. Juli 2029), haben wir einen Änderungsantrag, wonach der Gemeinderat abschliessend beschliessen könnte, eine Vertragsverlängerung vornehmen -> sagen wir bis in das Jahr 2030.
- Wenn aber die Kosten, die wir jährlich wiederkehrend generieren, anschauen, dann fällt die Finanzkompetenz weder Gemeinderat noch dem Grossen Gemeinderat zu. Die Finanzkompetenz wird einen Volksbeschluss notwendig machen. Finanzrechtlich - auch wenn das meinerseits sinnvoll ist - muss dies mit der GEWA vereinbart werden. Mit einer halbe A4-Seite an Erklärung ist zu wenig Fleisch an Knochen. Deshalb ist der Gemeinderat im Moment am Klären, was es bedeutet, wenn das Geschäft erst im März 2025 im GGR entschieden würde. Wenn der GGR uns aber quasi den Auftrag erteilt, die Botschaften so auszuschaffen (wie es jetzt auch in diesem Ergänzungsdokument drin ist), dass man sagt, die GEWA unterliegt der «Organisation für Behinderte», die Arbeitsplätze mit sozialer Integration hat. Das heisst dann aber, dass wir mit einem neuen Geschäft kommen, und das müssen wir nun noch rasch neu berechnen, da wir ab August des nächsten Schuljahres wieder Kinder verpflegen müssen. Wenn wir heute für am 20. März 2025 einen "Rahmenkredit" in der Kompetenz des Soveräns beantragen, kann der notwendige Volksbeschluss erst im September 2025 erwirkt werden.

Allen ist bekannt, dass wir rechtzeitig, d. h im August 2025 wieder Menüs anbieten müssen. Wir müssen uns kurz Gedanken darüber machen, wie wir das Geschäft aufgleisen wollen. Das Verfahren ist nicht einfach - auch wenn es sich um eine soziale Institution handelt. Das Beschaffungsrecht ist sehr sensibel. Es kommt immer wieder zu Fragen, die abgeklärt werden müssen. Ich hätte gerne - auch wenn es in der GGR-Botschaft so steht - ein bisschen mehr Sicherheiten. Wir unterstehen dem Beschaffungsrecht, aber wir haben ebenfalls die Finanzkompetenzen zu berücksichtigen.

- Können wir noch einmal eine kurze Pause machen?

3)

----- **kurze Pause** -----

³⁾ 20.05 Uhr: Michael Mitter (Mitte) verlässt die Sitzung. Es sind noch **28 Ratsmitglieder** anwesend.

Colette Nova (SP): Ich habe eine Idee: Wir können die Beschlusseziffer Nr. 1 übernehmen und eine zusätzliche Beschlusseziffer Nr. 2 wie folgt aufnehmen:

2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten für eine Vertragsverlängerung mit der GEWA bis 31. Juli 2030 zuhanden des finanzkompetenten Organs..*

Damit ist einmal die Sicherheit geben, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Zusätzlich wird der Gemeinderat beauftragt, die Verhandlungen neu zu führen, und das Geschäft so vorzubereiten, dass wir dieses dem Souverän unterbreiten können. Somit haben wir die notwendigen Sicherheiten. Es braucht eine zusätzliche Beschlusseziffer Nr. 2.

Gerhard Baumgartner (EVP): An die armen Schulkinder: Ihr müsst ab August 2025 eine zweite Znüni-Box mitnehmen ...

Nein, jetzt wird das Geschäft kompliziert. Ich habe es bereits erwähnt und ich sage es nochmals: Die EVP-Fraktion ist nicht bereit, Geld für eine neue Evaluation auszugeben. Wir wollen das verhindern. Deshalb haben wir den Änderungsantrag Nr. 1 gestellt, den heute gültigen Vertrag zu verlängern.

→ Was ich vorschlagen kann: Nehmt das Geschäft zurück und bringt es im Dezember noch einmal.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich bin der Erste, der sagt: «so einfach wie möglich, so wenig Papier wie möglich, so viel wie nötig». Ich habe es vorhin zu erklären versucht: Die Rahmenbedingungen entwickeln sich zum Teil anders; gerade was das Beschaffungsrecht anbelangt. Die Gemeindeschreiberin Barbara Steudler und ich haben es in der Pause noch einmal kurz diskutiert. Der Vorschlag wie ihn Colette Nova (SP) vorhin vorgetragen hat, könnte wirklich die Lösung des "gordischen Knoten" sein. Das Parlament würde den Gemeinderat mit dem einmaligen Kredit von 590'000 Franken unterstützen. Dann müsste der Gemeinderat keine Znüni-Boxen zwischen August und März verteilen.

Jetzt muss ich noch schnell einmal auf meinen Spicker schauen: Vorliegend sind wir nämlich in der Finanzkompetenz des Grossen Gemeinderats. Dass in einem zweiten Antragspunkt - *der Gemeinderat beauftragt wird, eine Vorlage auszuschaffen* - ob mit oder ohne Ausschreibung und inkl. den Klauseln, die wir zuvor mit sozialen Einrichtungen, Behindertenorganisationen hatten, kann der GGR entscheiden. Der Gemeinderat wird nachher eine weitere Kreditvorlage (ca. 600'000 Franken) vorlegen.

Fazit:

Das wäre ein Zusammenschluss der Anträge und der Diskussionen, die wir jetzt geführt haben.

Gerhard Baumgartner (EVP): Ich muss einfach nochmals mahnen: So einfach geht das nicht. Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass infolge des Beschaffungsverfahrens nicht sicher ist. Ich glaube, was auf diesem Papier (Tischauflage und GGR-Botschaft) steht. Dort steht ganz klar, dass die GEWA als Institution nicht dem Beschaffungsverfahren nach kantonalen Gesetzen unterliegt - oder lese ich nicht gut? Also müssen wir jetzt nicht ein solches "Kabarett"

veranstalten. Ich sage es noch einmal: Ich will auch mit deinem Vorschlag, den du vorhin sauber dargestellt hast, eine Überarbeitung des Geschäftes ohne externen Beschaffungsauftrag.

Colette Nova (SP): Wir sind uns völlig einig, Gerhard Baumgartner (EVP). Ich habe bisher keine andere Stimme gehört. Vielleicht gibt es sie noch, die lieber mit einem externen Büro die Überarbeitung machen möchte. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es eine gewisse Unsicherheit gibt: Man will die Sicherheit und das ist absolut richtig.

Deshalb wäre mein **Änderungsantrag Nr. 3** genau das zu erreichen - mit der Beschlusseziffer Nr. 1 wie bisher sowie einer neuen Beschlusseziffer Nr. 2:

2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten für eine Vertragsverlängerung mit der GEWA bis 31. Juli 2030 zuhanden der Stimmbevölkerung.*

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Der Änderungsantrag Nr. 1 von Gerhard Baumgartner (EVP) und der Änderungsantrag Nr. 2 von Stefanie Dähler (SP) werden zugunsten des **Änderungsantrags Nr. 3** von Colette Nova (SP) zurückgezogen.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

A b s t i m m u n g

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich verlese nochmals den **Änderungsantrag Nr. 3** von Colette Nova (SP) für eine neue Beschlusseziffer Nr. 2:

2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten für eine Vertragsverlängerung mit der GEWA bis 31. Juli 2030 zuhanden des finanzkompetenten Organs.*

Der Änderungsantrag Nr. 3 wird mit 27 zu 0 Stimmen genehmigt.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Der Grosse Gemeinderat fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Lieferung der Tagesschulmahlzeiten wird ein Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung von CHF 590'000.00 (inkl. 2,5 % MWSt.) für die Dauer von einem Schuljahr ab 1. August 2025 bis 31. Juli 2026 bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage für eine Vertragsverlängerung mit der GEWA bis 31. Juli 2030 (zu Handen des finanzkompetenten Organs) zu unterbreiten.

Axioma #8891

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung

307. Erweiterung und Fertigstellung der Retentions- und Versickerungsanlage (RVA) Oberfeld, Genehmigung Investitionskredit

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau + Betriebe Bettina Fredrich (SP): Nur kurz vorausgeschickt: Wir haben schon viel über Geld gesprochen, und Ihr habt heute bereits viel über Geld gesprochen. Das Geschäft ist nicht eine "kleine Kiste", die wir zu verhandeln haben, sondern es ist ein Projekt, an dem schon relativ lange gearbeitet wurde. Es ist sorgfältig erarbeitet. Vom Gemeinderat wurde zusätzlich eine "2nd Opinion" verlangt, um prüfen zu können, ob alles effizient ist. Das Vorhaben ist unerlässlich und es ist "schlank". Wie sind diese rund 5 Mio. Franken zu bewerten?

Wir haben eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Danke, dass fast alle Fraktionen anwesend waren. Wir haben die Fragen beantwortet. Sollten heute Abend noch weitere Fragen aufkommen, ist René Michel, Dienstleistungsstellenleiter Infrastrukturen, auch hier. Ich bin zuversichtlich, dass wir die technisch-fachlichen Antworten abgeben können.

Stimmzähler Claudio Rivera da Silva (SP): Das Meteorwasser, oder anders formuliert, das Regenwasser, sollte man immer dort versickern lassen, wo es entsteht. Sauberes Wasser durch die Kanalisation einfliessen zulassen und in andere Gemeinden zu transportieren, zusammen mit dem Schwarzwasser, ist ökologisch sowie ökonomisch Blödsinn. Nebst dem müssen wir Beiträge für sauberes Wasser an die ARA bezahlen. Weiter muss man auch die Infrastruktur ausbauen, das heisst die Rohren vergrössern. Somit wird eine Vergrösserung dieser Rückhaltungs- und Versickerungsanlage die bestehende Infrastruktur bei langem halbem Regen entlasten. Das Projekt in diesem Ausmass zu planen, wie es jetzt dasteht, zeugt eigentlich von einer vorausschauenden Planung. Der Bedarf der eingezäunten Fläche kann damit gedeckt werden.

Weiter muss man sagen, es ist besser, heute eine grosse Investition zu tätigen. Denn wenn wir eine Minimallösung anstreben, würde man die Investitionen in die Zukunft verschieben. Investitionen, die plötzlich höher ausfallen könnten, auch weil kein Platz in Folge anderer Werkleitungen mehr vorhanden ist. Deshalb sehen wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion die Notwendigkeit dieses Projekts ein und stimmen dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Myriam Zürcher (EVP): Eine etwas technische Vorlage liegt vor. Vielen Dank der Abteilung Tiefbau und Bettina Fredrich für die vorgängige Informationsveranstaltung. Diese hat, wenn auch vieles bereits in den Unterlagen stand, doch wertvolle zusätzliche Infos gegeben.

Ein paar wichtige Punkte, welche dann auch für die Botschaft der Gemeindeabstimmung über dieses Traktandum so einfach wie möglich sein sollten:

- Der Betrag scheint sehr hoch, ist aber bereits zum grössten Teil via gebührenfinanzierte Spezialfinanzierung Abwasser und Wasser gedeckt. Es bleibt ein kleiner Teil, welcher über den Steuerhaushalt finanziert wird.
- Es müssen bei der jetzigen Anlage sowieso Arbeiten und Erweiterungen gemacht werden. Wenn das Projekt im GGR oder beim Stimmvolk nicht durchkäme, müsste alles «zerstückelt» ausgeführt werden. Das käme im Endeffekt nicht wirklich günstiger.
- Ziel ist es, dass das Wasser vor Ort versickert oder, wenn es nicht anders geht, in den Lötchenbach abgeleitet wird. Es soll möglichst wenig Wasser in die ARA-Worblental gehen.
- Wasser, das in die ARA abfließt, erzeugt Kosten für die Gemeinde Ostermundigen. Starkregen oder Dauerregen kann die ARA überlasten. Sie muss dann unter Umständen nur ganz rudimentär geklärtes Wasser in die Aare leiten.
- Auch wenn die Anlage viel Platz braucht, ober- und unterirdisch: Im oberirdischen Teil entstehen immerhin mehrwertige Biodiversitätsflächen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 27 zu 0 Stimmen (+ 1 Enthaltung) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für das Projekt «Retentions- und Versickerungsanlage Oberfeld» wird, unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Stimmberechtigten, zu Lasten der Investitionsrechnungen ein Gesamtkredit von CHF 5'169'000.00 (inkl. MWSt. von 8,1 %) bewilligt, davon
 - CHF 4'182'00.00 zulasten gebührenfinanzierte Spezialfinanzierung Abwasser,
 - CHF 251'000.00 zulasten gebührenfinanzierte Spezialfinanzierung Wasser und
 - CHF 736'000.00 zulasten Steuerhaushalt.
2. Die Vorlage wird in Anwendung von Artikel 32 der Gemeindeordnung den Stimmberechtigten zum verbindlichen Beschluss unterbreitet.

Axioma #9988
10.3.72 Motionen

308. Überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Zu diesem Geschäft habe ich zwei kurze Anmerkungen:

1. Eine Umsetzung per 2025 ist nach Rücksprache mit der Anbieterin möglich.
2. Die Position ist nicht im Budget 2025 enthalten. Bei Annahme durch den GGR würden die entsprechenden Ausgaben als Nachkredit bewilligt.

Stefanie Dähler (SP): Wir haben im Moment sieben Wochen "Ferieninsel", das ist schon super, das ist ganz wichtig. Aber diese sind leider sofort ausgebucht, und Ihr konntet selbst lesen, dass alle Wochen - bis auf die Sportwoche - eine lange Warteliste haben.

Eine Elternumfrage der Schulkommission hat ergeben, dass 53 Prozent der Befragten mit dem Ferienbetreuungsangebot nicht oder nur teilweise zufrieden sind. Dieser Prozentsatz und die Rückmeldungen, die in der Botschaft stehen, sind eine Aufforderung an uns.

Die Bedürfnisse der Eltern sind gross und es gilt, dem Rechnung zu tragen. Aus meiner Erfahrung als Lehrperson und jetzt als Schulleiterin höre ich immer wieder, dass man bei einem Umzug zuerst einmal schaut, wie die Schule organisiert ist. Und dann schaut man einmal, wie die externen Betreuungsangebote während den Ferien sind. Dies alles spielt oft eine grosse Rolle, wenn man umziehen will. Es wäre ja kein Missstand, wenn sich Ostermundigen da hervorheben könnte: Standortattraktivität.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nicht alle Kinder die gleichen Chancen haben. Während ein paar in vielleicht wohlhabenderen Verhältnissen aufwachsen und den Zugang zu verschiedenen, auch kostenträchtigen, Freizeitangeboten haben, sind viele aus sozial benachteiligten Familien auch auf eine adäquate Ferienbetreuung angewiesen. Es ist unsere Aufgabe, Familien und Beruf vereinbar zu machen. Da liegt eine wichtige Verantwortung bei uns als Politikerinnen und Politiker, eine gerechte und inklusive Betreuung zu gewährleisten.

Die Botschaft sagt ja eigentlich schon alles, ausser dass keine Terminierung erwähnt wird. Es ist ab dem Jahre 2025 jedoch möglich. Also faktisch:

1. Es ist ein grosses Bedürfnis der Eltern,
2. die Wartelisten sind lang,
3. Profawo hat die Kapazität, ab dem Sommer 2025 drei Wochen Sommerferien abzudecken,

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Oktober 2024

4. und es ist gemäss Profawo möglich, bei fristgerechter Anmeldung einen garantierten Betreuungsplatz zu haben.
5. Die Tagesschulmitarbeitenden, die es betrifft, sind motiviert und bereit, den Mehraufwand zu leisten,
6. es macht durchaus Sinn, leere Räume zu brauchen
7. und wir sprechen von einer zusätzlichen Woche, welche ganz viele Familien entlasten könnte.
8. Im "Leitbild der Gesellschaft von Ostermundigen" steht, als Vision *Ostermundigen schafft genügend und bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder (inklusive Ferienzeit)*. Dann lassen wir doch einfach Daten folgen und setzen die Vision um.
9. Die 15'400 Franken sind gut investiertes Geld. Es ist eine Investition in unsere Kinder. Das sind gute Investitionen!

Dies haben wir in den letzten Wochen und Monaten aus allen Parteien doch schon mehrmals gehört, als es um andere Geschäfte ging. Dann stehen wir doch jetzt einfach zu unserem Wort. Deshalb bitte ich den GGR, die Motion anzunehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir gemeinsam in unsere Zukunft investieren.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 25 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien wird begründet und erheblich erklärt.

Axioma #9990
10.3.72 Motionen

309. Überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten durch Beratung; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Marcel Falk (SP): Naturnahe Gärten sind "win-win-win-win": Sie sind schön, gut für die Natur, sie wirken kühlend und unterstützen die Versickerung.

Drei Viertel der Siedlungsfläche in Ostermundigen sind in privater Hand. Wollen wir in Ostermundigen naturnahe Gärten mit einheimischen Pflanzen fördern, sollten wir also auch die Privaten miteinbeziehen. Dies ist in O'mundo vorgesehen und die Mindestanforderungen an Grünräume sind entsprechend im Entwurf des Gemeindebaureglements enthalten.

Ich freue mich, dass die Gemeinde bereits erkannt hat, dass wir Ziele besser erreichen, wenn wir nicht nur fordern, sondern auch fördern. Und bei naturnahen Gärten ist eine kostenlose Initialberatung besonders effizient. Indem sie vor Ort das nötige Grundwissen liefert, senkt sie die Schwelle, sich aufs naturnahe Gärtnern einzusteigen. Wichtig ist nun, das Angebot breit bekannt zu machen. Ich bitte Euch, der Motion zuzustimmen und so die Gemeinde zu unterstützen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 17 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten durch Beratung wird begründet, erheblich erklärt (mit dem Auftrag zur Kommunikation des Angebots) und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

Axioma #9989
10.3.72 Motionen

310. Überparteiliche Motion betreffend Inklusions-Check für Gemeinden - Wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde Ostermundigen?; Erheblich-erklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Peter Buri (SP): Ich danke dem Gemeinderat herzlich für seine Unterstützung meiner überparteilichen Motion zum Inklusions-Check für Gemeinden. Ich möchte nur sicherstellen, dass ich die Situation korrekt verstehe: Wenn das Parlament der Motion zustimmt und im Anschluss Empfehlungen aus dem Inklusions-Check resultieren, gehe ich davon aus, dass diese Empfehlungen auch tatsächlich umgesetzt werden, oder?

Ich hoffe, dass alle die Unterlagen zum Inklusions-Check gelesen haben und den vorliegenden Antrag mittragen mit einem Ja zur Durchführung des Inklusions-Checks.

Dieser Inklusions-Check (IC) ist für mich und meine "Community⁴" von besonderer Bedeutung. Menschen mit Behinderungen machen etwa 22 % der Wohnbevölkerung aus und wir sind unterrepräsentiert und werden marginalisiert auf vielen Ebenen.

Je näher eine Gemeinde an einem Zentrum liegt, desto höher ist der Anteil an Menschen mit Behinderungen (MmB). Dafür gibt es viele Gründe, alle kann ich nicht aufzählen - drei Beispiele:

1. Ein besser zugänglicher öffentlicher Verkehr (abgesehen vielleicht vom Bahnhof Ostermundigen)
2. Eine allgemeine barrierefreiere Infrastruktur
3. Ein breiteres barrierefreies Kulturangebot u. v. m.

Inklusion ist wichtig, es ist keine Einbahnstrasse und nicht nur MmB profitieren davon. Der IC wird durch Experten in Eigener Sache durchgeführt, von einer professionell geführten Firma.

① Inklusive Gemeinde

Eine Gemeinde ist mehr als nur eine Ansammlung von Häusern und Straßen. Sie ist der Ort, an dem wir leben, arbeiten und miteinander in Verbindung treten. Eine starke Gemeinde bietet Unterstützung, fördert das Wohlbefinden und ermöglicht es jedem Einzelnen, sein volles Potenzial zu entfalten.

Unsere größte Stärke liegt in der Vielfalt unserer Gesellschaft. Jeder Mensch trägt mit seinen einzigartigen Fähigkeiten und Perspektiven zu einer bereichernden und lebendigen Gemeinschaft bei. Der Inklusions-Check hilft der Gemeinde, diesen Reichtum vollständig zu nutzen, indem er sicherstellt, dass alle Menschen - unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen - gleichberechtigt teilhaben können.

⁴ LEO-Wörterbuch: die Gemeinschaft

Eine inklusive Gemeinde ist eine gerechte, zukunftsorientierte Gemeinde.

① Inklusions-Check für Gemeinden

Der Inklusions-Check ist ein wertvolles Instrument, um den aktuellen Stand einer Gemeinde in Bezug auf die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu bewerten. Durch den Check werden Hindernisse und bestehende Lücken aufgedeckt, Handlungsbedarf wird identifiziert, und mögliche Lösungsansätze werden ermittelt.

Partizipativer Prozess: Die aktive Einbindung von Menschen mit Behinderungen stellt sicher, dass nur wirklich sinnvolle und wirksame Maßnahmen umgesetzt werden. So werden unnötige Investitionen vermieden, die niemandem nützen.

Individuelle Strategien: Die Handlungsempfehlungen werden auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der jeweiligen Gemeinde zugeschnitten. Dadurch können gezielte Schritte zur Verbesserung der Barrierefreiheit geplant und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient eingesetzt werden.

Dieser Prozess fördert nicht nur die Inklusion, sondern auch die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde.

① Grundsätze

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Menschenrechte wie alle anderen. Doch oft wird ihnen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stark erschwert oder sogar verwehrt. Ebenso ist es für viele kaum denkbar, sich politisch, sozial oder kulturell zu engagieren.

Angesichts des Anteils von rund 22 % an der Gesamtbevölkerung ist es eine zentrale Aufgabe der Gemeinden, diese Einwohnerinnen und Einwohner aktiv einzubeziehen und ihnen sämtliche Möglichkeiten zur Teilhabe zu eröffnen.

Durch den Abbau von Hindernissen ermöglicht die Gemeinde Inklusion im Alltag. Darüber hinaus wirkt sie als Vorbild für private Organisationen und Unternehmen, indem sie Inklusion in vielen Bereichen fördert. Wo Menschen mit Behinderungen am sozialen Leben teilhaben können, finden sie auch eher Zugang zum Arbeitsmarkt und anderen Bereichen. Dies trägt nicht nur zur Selbstbestimmung bei, sondern spart langfristig auch Kosten im Sozialbereich ein.

Eine inklusive Gemeinde schafft für alle ihre Bürgerinnen und Bürger eine gerechte und zukunftsfähige Umgebung.

Es ist Zeit, dass wir diese Themen ernsthaft angehen und sicherstellen, dass unsere Gemeinde inklusiver wird.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion ist sich der Verantwortung der Gemeinde gegenüber Menschen mit Behinderungen bewusst. In der Sache stimmen wir dem Vorredner weitgehend zu.

Aber an diesem Vorstoss stört uns, gerade auch im Licht der vorangegangenen Diskussion zum Budget, der weiter anhaltende, undisziplinierte Umgang mit Nachkreditbegehren gewaltig. Kaum ist das Budget behandelt, wird bereits wieder ein Nachkredit für eine **neue, freiwillige und nicht dringliche** Gemeindeaufgabe angebeht - und leider meistens durch den Gemeinderat und/oder den Grossen Gemeinderat (GGR) genehmigt.

Die SVP-Fraktion lehnt diese Motion und Erheblichkeitserklärung klar ab. Dies wie gesagt nicht primär aus sachlichen Gründen, sondern als konsequente Antwort gegenüber der offensichtlichen, weiterhin mangelhaften Ausgabendisziplin von Gemeinderat und GGR. Es entsteht kein wachsender Schaden, wenn dieses Nachkreditbegehren auf den ordentlichen Budgetprozess 2026 verwiesen wird.

Myriam Zürcher (EVP): Vor einiger Zeit habe ich von einer Kollegin einen Link mit einem Film zum Thema Inklusion erhalten. Gestern nahm ich mir die Zeit, diesen Film zu schauen. «Z'mitzdrin» heisst er und porträtiert verschiedenste Menschen mit einer Behinderung (motorisch, hörschwäche, Blindheit, autoimmunen Krankheit ...). Es geht im Film vor allem darum, wie die Kirchen im Umgang mit Menschen mit einer Behinderung umgehen und sie integrieren im Bewusstsein, dass JEDER Mensch etwas zu empfangen, aber auch jede Frau, jeder Mann etwas zu geben hat!

Die Kirche, ein Teil der Gesellschaft, hat noch viel Luft nach oben. Auch der gesamt-gesellschaftliche Teil oder «nicht»-kirchliche Teil der Gesellschaft hat noch viel nicht ausgeschöpftes Potential.

Inklusion muss im Herzen geschehen. Ich wünsche mir für alle Menschen, welche tagaus, tagein kämpfen, dass das Bewusstsein dafür wachsen kann.

Ich möchte beliebt machen, die überparteiliche Motion als erheblich zu erklären, oder sie wenigstens als Postulat zu überweisen.

Peter Buri (SP): Ich danke meinen Vorrednerinnen und Vorrednern.

① Um das mit den Finanzen aufzugreifen:

Ich bin mir bewusst, was wir beim Budget diskutiert haben, und was gewünscht ist. Nichtsdestotrotz bitte ich alle, meiner überparteilichen Motion zuzustimmen. Es ist jetzt der ideale Zeitpunkt, denn mit O'mundo und allen anstehenden Projekten verlieren wir nur unnötig Zeit und Ressourcen.

- Menschen mit Behinderungen leben in einer anderen Lebensrealität als Menschen ohne Behinderungen und diese Perspektive kann die Verwaltung nicht einnehmen.
- Beim Inklusions-Check arbeiten aktiv Menschen mit Behinderungen, sie sind Experten in eigener Sache und um genau das geht es.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Peter Buri (SP) hat in seinem ersten Votum eine Frage bezüglich der Umsetzung dieser Empfehlungen gestellt. Ich verweise gerne auf den letzten Satz der Beantwortung, die der Gemeinderat gemacht hat: ... *wonach dort über die Form der Umsetzung der Empfehlungen des Inklusions-Checks der Gemeinderat im Anschluss entscheiden wird* ... Ich gehe heute davon aus, dass es kleine (und das meine ich nicht wertend) Massnahmen gibt. Es kann aber durchaus auch ganz grosse geben. Mein Lieblingsbeispiel (wie man es nicht machen sollte) ist der Bahnhof Ostermundigen. Ob man jetzt mit dem Rollstuhl unterwegs ist, mit dem Kinderwagen oder mit dem schweren Koffer.

Und wenn das Votum jetzt eine Empfehlung ist, die daraus kommt, dann müssen wir schauen - und das ist eigentlich auch die Überlegung des Gemeinderats - wo wir etwas direkt

mitlaufen lassen können. Es ist im Moment noch zu früh, alles eins zu eins aus dem Inklusions-Check bzw. den Empfehlungen umzusetzen. Dies einfach noch als Ergänzung bzw. als Beantwortung auf die Frage aus dem ersten Votum.

Adrian Tanner (Grüne): Ich bin natürlich auch für diese Motion und ich danke dem Gemeinderat für die Unterstützung.

Wie es Peter Buri (SP) gesagt hat, es hilft, Kosten zu vermeiden. Sei es kurzfristig, wie man etwas auf eine Art bauen kann, das weniger kostet und das nachher nicht noch korrigiert werden muss. Oder eben auch langfristig. Wenn man eben grössere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erreichen kann Das wäre dann zum Beispiel ein Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit, die ich vorhin beim Budgetprozess bereits angesprochen habe.

Ja - das Finanzpolitische - dass man jetzt nur noch einmal pro Jahr Dinge beschliessen kann, die etwas kosten, finde ich nicht sehr sinnvoll. Wir haben den Vorschlag, er ist ausgearbeitet, dann kann man das auch jetzt machen und muss das nicht künstlich verzögern.

Was die Konsequenzen angeht: Danke, Ueli Steiner (SVP), dass ihr vorher eure Anträge zurückgezogen habt. Ich möchte unterstreichen, dass es manchmal nicht einfach ist, sich von guten Argumenten überzeugen zu lassen. Vielleicht ist das hier noch einmal möglich. Ich meine, man kann nachher auch konsequent sein, indem man sagt, man lasse uns konsequent von guten Argumenten überzeugen.

Als Anregung bzw. als Frage möchte ich wissen: Wenn der Bericht fertig ist, wäre ich froh, wenn dieser nicht einfach nur dem Gemeinderat vorgelegt wird. Er ist zu publizieren. Ich möchte einfach gerne wissen, ob er das will oder wieso nicht?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Für mich ist eigentlich klar, dass der Bericht auch veröffentlicht wird. Aber es ist viel zu früh, jetzt zu sagen, in welcher Form und wie dieser aussehen wird.

Ich habe mit dem Geschäftsführer dieser "Sensibility"⁵-Organisation Kontakt aufgenommen. Ich kann mir sogar vorstellen, wie ich das "Setting"⁶ verstanden habe, dass auch ein Teil aus der Politik aktiv in diesen Inklusions-Check eingebunden wird. Man hat die Idee, so wie das Konzept ist, dass man das in Form von Workshops durchführt. Entsprechend wird auch einen Bericht dazu erstellt. Aber es ist wie noch nicht definiert, wie es aussehen wird.

⁵ LEO-Wörterbuch: das Empfindungsvermögen

⁶ LEO-Wörterbuch: der Hintergrund

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 6 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Inklusions-Check für Gemeinden - Wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde wird begründet und erheblich erklärt.

Axioma #9991
10.3.73 Postulate

311. Überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des Postulats zum Geschäft äussern.

Marcel Falk (SP): Ich sage nur danke, lieber Gemeinderat, dass Ihr euch stetig vorausschauend für ein gutes öV-Angebot einsetzt. Das Postulat ist erfüllt.

Marisa Herren (SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung vom Gemeinderat. Ich als zum Teil Betroffene würde auch die künftige Ausweitung des Fahrbetriebs bis Betriebsschluss mit evtl. 15-Minuten-Takt begrüssen (z. B. mit dem späten Arbeitsende von Pflegepersonen).

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine weitere Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44 wird begründet, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Axioma #9954
10.0.11 Reglemente

312. Reglement über das Bestattungswesen; Genehmigung Totalrevision

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Adrian Tanner (Grüne): Ich habe einfach noch einen Vorschlag resp. **Änderungsantrag**, wonach man beim Artikel 2 einen neuen Absatz 3 einfügen sollte. Damit wird der Absatz 3 neu zum Artikel 4. Es geht primär darum, dass man grundsätzlich beim Schosshalten Friedhof begraben werden kann, falls dies von der Gemeinde finanziert wird.

Der neue Absatz 3 lautet demnach wie folgt:

³ *Ausnahme sind insbesondere für Personen möglich, die mit verstorbenen Angehörigen beigesetzt werden möchten, welche in Bolligen beigesetzt wurden.*

① Als Beispiel: Die Frau wurde in Bolligen begraben und der Mann ist nachverstorben.

Damit der Mann auch mit ihr begraben werden kann und das auch, wenn er oder die Erben die Bestattung nicht selbst finanzieren können. Ich weiss nicht, wie viele Fälle dies jährlich sein werden. Ich glaube nicht so viele und die Gemeinde Ostermundigen kann sich das leisten.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Wir können diesen Änderungsantrag so entgegennehmen und umsetzen. Man muss sich bewusst sein, dass dieser Sachverhalt wahrscheinlich kaum eintreffen wird.

Wir wissen, dass wir in der Schweiz nicht ewige Grab-Ruhe haben. Die meisten Gräber von Leuten, die damals als Bolligen noch zu Ostermundigen gehörte begraben wurden, sind in der Zwischenzeit aufgehoben worden. Es kann sein, dass es noch Familiengräber gibt, die zum Tragen kämen.

① Fazit

Die wenigen Fälle, die noch in Frage kommen, können mit unserer Kulanz rechnen (inkl. mit dem Friedhof Bolligen). Aus diesem Grund sehe ich keine Schwierigkeiten, diesen Änderungsantrag entgegenzunehmen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit stimmen wir über den **Änderungsantrag** von Adrian Tanner (Grüne) ab. Der Artikel 2, neuer Absatz 3 lautet wie folgt:

³ *Ausnahme sind insbesondere für Personen möglich, die mit verstorbenen Angehörigen beigesetzt werden möchten, welche in Bolligen beigesetzt wurden.*

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag wird mit 27 zu 0 Stimmen genehmigt.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Kann ich auch hier die Abstimmung "in Globo" vornehmen?

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Totalrevision des "Reglements über das Bestattungswesen" wird genehmigt.
2. Die Änderungen treten per 1. Januar 2025 in Kraft.
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Axioma #10202
10.3.73 Postulate

313. Überparteiliches Postulat betreffend Stellvertreter:innenregelung für den GGR; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Stellvertretungsregelung für Parlamentarier*innen zu prüfen und einen geeigneten Umsetzungsvorschlag auszuarbeiten.

Begründung

Die Mehrfachbelastung von politisch engagierten, berufstätigen Menschen erweist sich als grosse Eintrittshürde für Milizpolitiker*innen. Dies zeigte sich jüngst wieder bei der Rekrutierung von geeigneten Kandidierenden für die Gemeindewahlen 2024. Dabei ist häufig nicht nur an die Familienpflichten zu denken, die gegen ein solches Amt sprechen können, sondern auch andere Verpflichtungen wie Militär- oder Zivildienst sowie weitere wichtige Aufgaben, die zeitgleich mit den GGR-Sitzungen erfüllt werden müssen.

Für die Verbesserung der Vereinbarkeit von politischem Engagement und von Familie, Beruf, Betreuungspflichten und anderen öffentlichen Aufgaben ist eine Stellvertreterregelung für Abwesenheiten ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Weiter ist es unabdingbar, dass kleineren Fraktionen ermöglicht werden soll, die ihnen zustehenden Stimmen wahrnehmen zu können.

Die Stellvertreter*innenregelung soll lediglich greifen, wenn es sich um längere Abwesenheiten infolge vergleichbar öffentlichen oder ausserordentlichen privaten Verpflichtungen handelt, dies heisst zwei oder mehr GGR-Sitzungen nicht besucht werden können. Abwesenheiten wegen Kinobesuchen etc. wären kein Grund, dass die Regelung genutzt werden könnte. Bei der Stellvertreter*innenregelung sollte es sich um eine «Kann-Vorschrift» handeln. Die Fraktionen sowie die Mitglieder des GGR sollten nicht gezwungen werden stellvertretende Personen benennen zu müssen.

Eine Stellvertreter*innenregelung kann sich auch als optimales Mittel eignen, interessierte und zukünftige Kandidaten auf den Ratsbetrieb vorzubereiten.

Eingereicht am 24. Oktober 2024

sig: Daniela Feller (FPD), C. Leiser (FDP), L. Lanz (FDP), U. Steiner (SVP), M. Truog (SVP), R. Rütli (FDP), P. Bähler (GLP) und E. Medilanski (GLP)

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich verlese noch die parlamentarischen Neueingänge:

→ Überparteiliches Postulat betreffend Stellvertreter:innenregelung für den GGR

- ① Es gibt noch Sandwiches - bedient euch.
- ① Im Bistro O'Bloc ist für ein Apéro reserviert.

Ich wünsche allen einen schönen Abend, tschüss zäme.

Axioma #4944

a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abgelehnt	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21 23.06.22	31.12.24	PRA	Raumentwicklungswegwei- ser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) wurde am 6.5.21 genehmigt. Kre- ditabrechnung erfolgte am 5.5.22 in GGR: Genehmi- gung Projektierungskredit "Phase 3"	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR- Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung (--> Nur noch ein "Beschlussproto- koll" verfassen)	17.12.20	31.12.24	PRA	Nach Rücksprache mit Frau M. Schürch (Kt. AGR): für das Protokoll, welches eine Urkunde darstellt, ist ein reines Tonbanddokument nicht zulässig.	e

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Emsale Selmani

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Claudio Rivera da Silva

Walter Zysset